

Die SDGs als Leitfaden für eine nachhaltige Digitalisierung

Regulierung wanted!

Von Nelly Grotefendt und Marie-Luise Abshagen

Damit sie ihr volles Potenzial für eine zukunftsfähige Entwicklung entfalten kann, brauchen wir international gültige Regelungen für die Ausgestaltung der Digitalisierung. Wie gut, dass es dafür schon eine Art Blaupause gibt.

— Digitalisierung als vierte Industrielle Revolution – im politischen Diskurs wird immer wieder dieser Vergleich gezogen, um auszudrücken, dass sie alle Bereiche unserer Gesellschaften und Ökonomien in Frage stellt. Die Vorstellung, die Digitalisierung stelle im Grunde genommen alles auf den Prüfstand, von der Art zu arbeiten über Strukturen unseres Zusammenlebens bis hin zu zwischenmenschlicher Kommunikation, führt dazu, dass technologische Entwicklungen den politischen Entscheidungsträger(inne)n davonlaufen oder kaum gestaltet werden. Angst davor, im internationalen Wettlauf abgehängt zu werden oder scheinbar mangelnde Expertise haben zur Folge, dass sich im Internet ein geradezu Wildwest ähnliches Verhalten durchgesetzt hat, bei dem die in der realen Welt verfassten Gesetze und Entscheidungsorgane kaum eine Rolle spielen. Das ist aber kein Naturgesetz. Die Digitalisierung ist ein Wirtschafts- und Politikfeld, das natürlich reguliert werden kann und sollte.

Die führenden Akteurinnen und Akteure der digitalen Welt sind derzeit einige wenige große IT-Konzerne. Ihr Geschäftsmodell baut auf den Nutzer(inne)n auf. Sie leben davon, dass wir als Kund(inn)en unsere Daten meist kostenfrei und freiwillig

zur Verfügung stellen. Ziel dieser Konzerne ist es, einen möglichst großen Markt zu beherrschen, global bis hin zur Monopolstellung. Aufgrund des Netzwerkcharakters von Facebook oder Amazon ist das in der derzeitigen Form der Marktbewegung auch gar nicht so schwer (vgl. S. 78 ff.). Denn natürlich wollen alle dort mit ihren Freund(inn)en vernetzt sein, wo diese auch aktiv sind, und dort online einkaufen, wo es die beste Produktauswahl gibt. Doch Regulierung gibt es in den meisten Fällen wenig, weil Wettbewerbs- oder Kartellrecht sowie Steuerrecht aufgrund der globalen Strukturen dieser Unternehmen nicht funktionieren oder vom Gesetzgeber nicht genug durchgesetzt werden. Es fehlt demnach nicht am Verständnis für die Besonderheiten von Netzwerkökonomien, es wird vielmehr ein wirtschaftspolitisches Modell verfolgt, das diese Strukturen erst möglich macht, wie ein Blick in andere Bereiche mit hoher Konzentration (etwa den Agrarsektor) verrät.

Wie frei und demokratisch ist das Internet?

Freiheit und Unabhängigkeit von Informationen und Diskursen – dies waren die Grundpfeiler des frühen Internets in den 1970er- und 80er-Jahren. Natürlich gibt das Netz noch immer viel Freiheit und öffnet viele Türen, vor allem für Menschen in benachteiligten sozialen Gruppen oder in Ländern des Globalen Südens. Doch die Freiheit ist durch Kontrolle und Manipulation bedroht: Softwarekonzerne formen die Strukturen des Internets massiv, der Staat nutzt das Netz für elaborierte und sich stetig ausweitende Überwachung.

Über den Einfluss digitaler Informations- und Kommunikationsmittel auf politische Entscheidungen wurde in den letzten Jahren intensiv diskutiert, weil sie bei der US-Wahl mit größter Wahrscheinlichkeit eine Rolle gespielt haben – sei es durch anfällige oder fehlerhafte Algorithmen bei Facebook, durch bewusste Manipulation und Kommerzialisierung von Daten durch Cambridge Analytica oder durch Hackerangriffe fremder Staaten (vgl. S. 33 ff.). Diese Unterminierung von Demokratie durch Falschinformationen, Lügen oder bewusste Manipulation ist ein weltweites Phänomen. Auch das ist nichts wirklich Neues. Beeinflussung von Wähler(inne)n, Bürger(inne)n und Konsument(inn)en gab es schon immer – die Werkzeuge sind allerdings deutlich elaborierter und unkontrollierbarer geworden. Und sie funktioniert deswegen auch in Staaten mit hohen rechtsstaatlichen Prinzipien und Verbraucher-

„ Die Digitalisierung ist im Kern nur eine Weiterentwicklung bereits bestehender Wirtschaftsmuster.“

schutzstandards. Erkennt man die Ausbreitung von Hate Speech (Hassrede) und Fake News (Falschmeldungen) als bekannte undemokratische Gegenrends an, die bewusst von staatlichen oder nichtstaatlichen Stellen genutzt werden, lassen sich Verantwortlichkeiten klarer erkennen, Konsequenzen ziehen und Lösungen finden.

Rohstoffe gehen aus, Wirtschaftsmuster bleiben

Der digitale Raum erscheint oft als etwas von der realen Welt Abgekoppeltes, das zwar auf die Menschen in seiner sozialen Funktion Einfluss hat – wie eben bei Hate Speech oder Wahlmanipulation – ansonsten aber losgelöst von der Welt erscheint. Dabei basiert alles, was die digitale Welt ausmacht, auf greifbaren Gegenständen: Kabeln, Elektroden, Drähten. Und doch kommt die Ressourcenfrage beim Thema Digitalisierung zumeist erst an zweiter oder dritter Stelle. Und wenn sie denn mal gestellt wird, dann zumeist im Kontext einer Notwendigkeit der Ressourcensicherung, damit für die digitale Entwicklung ja keine Schranken entstehen.

Dabei gibt es bereits enorme Ressourcenkonflikte. Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und unterschiedlich starke soziale Konflikte gehen mit dem Abbau mineralischer Rohstoffe praktisch immer einher (vgl. S. 28 ff.). Zudem wird es über kurz oder lang keine leicht zugänglichen Rohstoffe mehr geben, schon jetzt werden deutlich schwieriger erschließbare und unreine Lagerstätten ausgebeutet. Absurde und völlig unwirtschaftliche Abbaumöglichkeiten, wie etwa Tiefseebergbau, sind daher bereits als Rohstoffförderung für die zukünftige Digitalwirtschaft auf Industrie- und Wirtschaftspolitikveranstaltungen in der Diskussion.

Erneut zeigt sich, dass die Digitalisierung im Kern nur eine Weiterentwicklung bereits bestehender Wirtschaftsmuster ist. In der derzeitigen Art der kommerziell vorangetriebenen Digitalisierung geht es nicht per se darum, das Leben besser zu machen oder die Industrie effizienter. Vielmehr wollen die großen, dominanten Software- und Industrieunternehmen sowie staatlichen Akteure und Akteurinnen

in erster Linie Märkte und Wettbewerbsvorteile für die Zukunft schaffen. Geht man also davon aus, dass die Digitalisierung nichts völlig Neues ist, das Gesetzgeber und Gesellschaft zwangsläufig überfordern muss, ergeben sich daraus klare Gestaltungspielräume. Es müssen deswegen Regeln für eine nachhaltige Digitalisierung demokratisch diskutiert und formuliert werden, um in ihren Entwicklungsprozess eingreifen zu können.

SDGs als Gebrauchsanweisung

Eine Möglichkeit, die Chancen und Grenzen von Digitalisierung durchzudeklinieren, besteht darin, sie entlang bekannter Nachhaltigkeitskriterien zu denken. Als eines der umfangreichsten internationalen Politikkonzepte bieten sich hierfür die 2015 von allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedeten Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) an.

Nehmen wir beispielsweise SDG 1 „Armut bekämpfen“. In den Industrieländern nutzen insgesamt 81 Prozent der Menschen das Internet, in den ärmsten Ländern der Erde nur 15 Prozent. Gerade in ländlichen Regionen gibt es oft keinen oder nur einen unzureichenden Zugang zum Internet. Darüber hinaus sind mehr als die Hälfte aller Webseiten auf Englisch verfasst, viele Menschen können die Inhalte nicht verstehen. Ein Ansatz wäre, den Zugang zum Internet als ein Menschen- und Grundrecht anzuerkennen. Es braucht eine Politik, die gemeinsam mit den Menschen vor Ort einen freien, für alle Nutzer(innen) gleichberechtigten und möglichst kostengünstigen Zugang zum Internet schafft – wobei es auch möglich und akzeptiert sein muss, nicht verbunden zu sein.

Auch andere soziale Grundsicherungen wie „Gesundheit“ (SDG 3) oder „Bildung“ (SDG 4) werden vermehrt im Kontext von Digitalisierung diskutiert. Nimmt man beispielsweise den Gesundheitssektor, kommt insbesondere dem Einsatz neuer Technologien wie Pflegerobotern eine hohe Aufmerksamkeit zu. Gleichsam kam es schon zu Hackerangriffen in Gesundheitseinrichtungen – wie etwa durch den Virus Wannacry, der in England Krankenhäuser lahmgelegt hat. Für eine Einführung digitaler Technologie muss auch in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen das Grundprinzip der Privatsphäre durch hohe Datenschutzstandards bestehen. Die Verantwortung für medizinische Maßnahmen muss immer beim Menschen liegen –

„ In der derzeitigen Art der kommerziell vorangetriebenen Digitalisierung geht es nicht per se darum, das Leben besser zu machen oder die Industrie effizienter.“

und nicht bei der Software, die beispielsweise ausrechnet, wessen Behandlung sich statistisch und finanziell mehr lohnt. Vor allem müssen aber, bevor Geld in neuste IT-Technologie fließt, grundlegende arbeitsrechtliche Forderungen der Mitarbeitenden umgesetzt werden: allen voran gute und ausreichend entlohnte Arbeitsbedingungen. Die Beschränkung der Macht von IT-Konzernen lässt sich ebenfalls mit den SDGs (zum Beispiel SDG 8 „Gute Arbeit“ oder 12 „Nachhaltige Produktionsweisen“) begründen. Bei IT-Konzernen und digitalen Plattformen muss das Kartellrecht konsequent Anwendung finden. Digitale Unternehmen müssen außerdem ihre Gewinne dort versteuern, wo sie erwirtschaftet wurden. Legislative und Exekutive müssen – national und international – endlich eine wirksame Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung wollen und umsetzen.

Und schließlich ist die Digitalisierung mit der Ausarbeitung einer neuen Art der Rohstofferschließung und -verwendung zu verbinden. Umwelt- und Ressourcenschutzansätze sind dabei Eckpfeiler der SDGs (SDG 14 und 15 „Schutz von Land- und Meeresökosystemen“). Um nachhaltig zu sein, muss die Digitalisierung mit einer Mindesthaltbarkeit für Verschleißteile sowie dem Recht auf Reparatur verbunden sein. Interessant sind auch Forderungen, gemäß derer für geplante Obsoleszenz ins Verbraucherschutzgesetz der Tatbestand der „arglistigen Täuschung“ aufgenommen werden sollte. Grundsätzlich brauchen wir aber vor allem eine absolute Reduktion des Rohstoff- und Energieverbrauchs im Globalen Norden. Die Erschließung immer neuer Minen und Abbauorte wie der Tiefsee muss ein Ende haben. Wir müssen Rohstoffe endlich sinnvoll und nachhaltig nutzen.

Um die Leitlinien und Nachhaltigkeitskriterien der Digitalisierung zu erfassen, braucht es eine breite, öffentliche Debatte. Die Bundesregierung regt diese bisher

kaum an, Wirtschaftsvertreter(innen) und IT-Expert(inn)en bleiben meist unter sich. So entsteht das falsche Bild, Digitalisierung sei zu kompliziert für den einzelnen Menschen – aber auch zu kompliziert für andere politische Akteurinnen und Akteure, die sich bisher nicht mit digitalen Themen befasst haben. Die Digitalisierung ist aber auch genau das: eine Weiterentwicklung von Trends, die wir aus anderen Bereichen ebenfalls kennen, und ein Eindringen in alle Politik-, Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche. Wir alle können und müssen mitdiskutieren und mitformen (vgl. S. 111). _____



Meine Definition von Smartopia:

- a) Nachhaltige Digitalisierung kann nur in einem offenen Prozess gelingen. #sustainable digitalization.
- b) Nachhaltige Digitalisierung ist nachhaltiges Wirtschaften nur mit schickerer Technik.

Zu den Autorinnen

- a) Nelly Grotefendt, geb. 1986, studierte Kul-

turwirtschaft, Human- und Großstadtgeografie. Sie ist Referentin für Politik, Weltwirtschaft und Handelspolitik im Forum Umwelt und Entwicklung.

b) Marie-Luise Abshagen, geb. 1987, hat Ostasien- und Politikwissenschaften studiert. Sie ist seit 2013 Referentin für nachhaltige Entwicklung beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Kontakte

Nelly Grotefendt und Marie-Luise Abshagen
Forum Umwelt und Entwicklung
E-Mail grotefendt@forumue.de,
abshagen@forumue.de